

Bezugspreis: Vierteljährlich 3.-, Halbjährlich 5.-, jährlich 9.-...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 4. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Lloyd George zum Friedensvertrag.

Amsterdam, 4. Juli. Das Reutersche Bureau meldet aus London über die geirrigte englische Unterhaus-Sitzung...

Die Arbeiterpartei kann die Ratifikation nicht verantworten.

London, 3. Juli. (Reuter.) Unterhaus. Adamson behält sich im Namen der Arbeiterpartei eine eingehende Kritik des Friedensvertrages bis zur zweiten Lesung vor...

Eine Daumenschrauben-Kommission.

Der „Kaiser“ kommt in den Tower. Amsterdam, 4. Juli. Der Pariser Berichterstatter des „Telegraph“ meldet: Die Alliierten werden binnen kurzem eine Kommission einsetzen...

Zusammensetzung des Gerichtshofes.

Amsterdam, 4. Juli. Das Reutersche Bureau meldet aus London: Es verlautet, daß die am Holland zu richtende, die Auslieferung des vormaligen Deutschen Kaisers betreffende Note von 22 oder 23 Mächten unterschrieben sein wird.

In den Wandlungen des britischen Parlaments verlautet, daß das Gerichtsverfahren gegen den ehemaligen Deutschen Kaiser von dem Ausschuss geregelt wird...

mächten dazu erwähnt sind. Man hofft, daß die Gerichtsverhandlung im Herbst stattfinden wird...

London, 3. Juli. (Reuter.) Lloyd George teilte im Unterhaus mit, daß der Gerichtshof zur Aburteilung des Kaisers seinen Sitz in London haben werde.

London, 3. Juli. (Reuter.) Carson sagte im Oberhaus, daß die Auslieferung des Kaisers nicht nur ein Akt der Gerechtigkeit, sondern auch eine durchaus notwendige Sicherung gegen zukünftige Angriffe sei.

Englisch-französischer Vertrag. Ein Defensivbündnis gegen Deutschland.

London, 3. Juli. Reuter. Der englisch-französische Vertrag, der heute abend veröffentlicht wurde, bestimmt, daß Großbritannien, wenn die Artikel 42, 43 und 44 des Friedensvertrages mit Deutschland zunächst keine genügende Sicherheit und keinen genügenden Schutz bilden sollten...

Der Vertrag wird dann in Kraft treten, wenn der ähnliche französisch-amerikanische Vertrag ratifiziert wird. Der Vertrag muß vom Völkerbund als mit dem Völkerbundsvertrag vereinbar befunden werden...

Französisch-italienische Reibungen in Fiume.

Vern, 3. Juli. Die Beschwerden des italienischen Generals Orzioli wegen der antitalienischen Kundgebungen französischer Soldaten und Rotkrozier in Fiume ist von dem französischen General zurückgewiesen worden...

Revolutionäre Luft in Italien.

Vern, 4. Juli. Laut „Avanti“ erklärte d'Aragnone, Generalsekretär des italienischen Gewerkschaftsbundes in Southport, Italien befinde sich nach dem Kriege in Verhältnissen, die zum Bankrott führen müßten...

Deutschösterreich wünscht schnellsten Friedensschluß.

St. Germain, 4. Juli. Auf Einladung des Staatskanzlers Renner fand abends der Generalsekretär Dutasta in der Villa Reimach ein. Der Staatskanzler schilderte, wie sehr Deutschösterreich unter der Verzögerung des Friedensschlusses leide...

Der Eisenbahnerstreik in Frankfurt.

Frankfurt (Main), 3. Juli. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: Der Streik der Frankfurter Eisenbahner hat durch die Einbeziehung der anderen Stationen des Direktionsbezirks in die Bewegung eine wesentliche Verschärfung erfahren...

Heidelberg, 4. Juli. Die Beamten und Arbeiter der Rhein-Neckar-Bahn sind heute früh in den Ausstand getreten.

Die nächsten Aufgaben in der Friedensfrage.

Von G. Bernstein.

1. Grundlegendes zur polnischen Frage.

Der Friedensvertrag ist unterzeichnet und man wird nun ein vernünftiges Wort über ihn sagen dürfen, ohne dem albernem Vorwurf zu bezugnen, man leiste damit den Clemenceau und Genossen einen Dienst...

Darf das wundernehmen? Man hat ihm die ganze Zeit über in Wort und Schrift immer nur von den Scheußlichkeiten des zu unterzeichnenden Vertrages vorzergährt...

Nehmen wir die polnische Frage. Sie war von dem Tage an aufgerollt, wo Deutschland an Rußland den Krieg erklärte, wie die Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich die Frage Clichy-Rothringen auf die Tagesordnung setzte...

Was war unter diesen Umständen die Aufgabe der Staatskunst des Republik gewordenen Deutschland? Daß die Ostgrenze Deutschlands nicht länger so werde bleiben können, wie sie am Vorabend des Krieges lag...

Von diesem Gedanken aus hat am 20. November 1918 der damals von der Regierung nach Polen entsandte Herr von Gerlach mit dortigen maßgebenden Vertretern der Polen Rücksprache gepflogen...

Es kam aber anders. Leute, die große Patrioten zu sein glauben, aber nur kurzfristige Nationalisten sind und Vernunft für Schwäche halten, lärmten über „an Verrat grenzende Weichheit“...

Nun haben im Friedensvertrag die Alliierten über die polnisch-deutsche Grenze Bestimmungen getroffen, und daß sie bei einer direkten Auseinandersetzung mit den Polen ungünstiger für Deutschland ausgefallen wäre, wird niemand behaupten wollen. Statt der Dąziński, Korfanti usw. hat eben Paderewski in Paris für Polen das Wort geführt. Leider muß man jedoch hinzusetzen, daß es auf deutscher Seite an der Ausarbeitung eines folgerichtig durchdachten grundsätzlichen Standpunktes in der Gebietsfrage, auf den gestützt man übertriebenen Forderungen der Polen hätte entgegenzutreten können, sehr gefehlt hat. Man kann nicht zur gleichen Zeit hier das historische Recht, dort die Sprache, anderwärts den durch Abstammung ermittelten Volkswillen anrufen, hier die kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenhänge und dort die nackte Zahl bestimmen lassen wollen. Daß sogar in der Sozialdemokratie hierüber noch viel Unklarheit herrscht, haben die letzten Unterbrechungen gezeigt, die auf dem Parteitag in Weimar meine Darlegungen über die Polenfrage erfuhren. Daß verwerfe das historische Recht überall, wo es mit dem Recht der lebenden Generationen in Widerspruch steht, lasse die Sprache nur dort als Anzeiger der nationalen Zusammengehörigkeit gelten, wo ihr der erklärte politische Wille der Bevölkerung zur Seite geht und fordere im Fall der Abstimmung ganzer Provinzen für nationale Minderheiten, die in größeren Distrikten die Mehrheit bilden, das Recht, im alten Staatsverband zu verbleiben. Damit wäre ein grundsätzliches Programm für einen friedlichen Ausgleich mit den Polen gegeben, bei dem unsere deutschen Landsleute im Osten sicher nicht schlechter gefahren wären, als bei jeder nun zu erwartenden Regulierung. Mit dem bloßen Protest wird ihnen blutwenig geholfen.

Statt aber mich ruhig anzuhören, hat man schon die bloße Erwähnung der Tatsache, daß unsere großen Vorkämpfer Marx und Engels noch in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Wiederherstellung Polens in den Grenzen gefordert haben, die es vor der ersten Teilung (1772) hatte, und daß auch heute noch die Sprachgrenze ziemlich dieselbe Linie einhält, mit stürmischen Zwischenrufen aufgenommen. Man begriff nicht, daß, um eine Frage richtig zu beurteilen, man die für sie in Betracht kommenden Tatsachen und Gesichtspunkte wenigstens in ihren großen Umrissen kennen muß. Eines muß man unseren Genossen indes als Entschuldigung zubilligen. Es ist so gut wie nichts geschehen, in Bezug auf die polnische wie andere Fragen das deutsche Volk über deren wahre Natur und den Stand der Dinge aufzuklären. Mit wenigen rühmendwertigen Ausnahmen hat die deutsche Presse da vollständig versagt. Im Wahn, damit patriotisch zu handeln, hat man die Tatbestände eher verdunkelt und so die geistigen Energien in Bahnen geleitet, wo sie nur Schaden anrichten können, statt den Blick dafür zu schärfen, wo deutscherseits wirklich mit Erfolg für Besserung der Friedensbedingungen gearbeitet werden kann.

Nachwort der Redaktion: Wir geben im Interesse der freien Meinungsäußerung innerhalb der Partei den Ausführungen Edward Bernsteins Raum, obwohl wir gegen ihren Inhalt den schärfsten Widerspruch erheben müssen, wie ja auch der Parteitag diese Bedenkenpunkte fast einmütig abgelehnt hat. Bernsteins Theorien gehen zum großen Teil von falschen Voraussetzungen aus, deren einige wir hier kurz berühren wollen.

Es ist absolut unrichtig, daß nach den Wilsonschen 14 Punkten die Wiederherstellung der Grenzen Polens von 1772 gegeben war. Punkt 13 spricht dem freien Polenreich „alle von unbewohnter Polenmehrsheit bewohnte Gebiete“ zu. Das Polen von 1772 war alles andere als ein reiner Nationalstaat.

Paul Bader: „Das Gesetz“.

Wallnertheater.

Alle kühnere Erinnerungen wurden wieder wach. Erinnerungen an das Arbeiter-Verhalten des Sozialistengesetzes, an jene Zeiten schmählicher Verfolgung, die Bismarck, den Gewaltmenschen, so schlagend von der Ohnmacht seines allgewaltigen Gendarmenaufgebots gegenüber dem entlassenen Willen der Arbeiterklasse überführte. Die sozialdemokratischen Stimmen bei den Reichstagswahlen zeigten, nachdem die ersten Läden, welche das Gesetz gerissen, nur erst gefüllt waren, unaufhaltsames Wachstum. Und wie sich immer dann auch in späteren Jahrzehnten die sozialistische Wählerkraft vermehrte, nie ist diesbezüglich die Stimmung gehobener und siegesicherer gewesen als in den letzten Jahren vor dem endgültigen Zusammenbruch jenes grotesken feudal-militaristisch-bourgeois Diktaturversuchs. Die damals erst recht in die Massen eindringende Korruption, daß der Kapitalismus durch die wachsende Entfaltung produktiver Kräfte, so wenig er es weiß und will, selbst Vorarbeit für das Kommen einer neuen, besseren sozialistischen Gesellschaftsordnung leistet, ließ er den ersehnten Umschwung nach erscheinen, erfüllte die Gemüter mit triumphierender Gewißheit. In unterirdischen Bergwerksgängen pochten viel tausend Hämmer rastlos an dem Werk, das aus der Tiefe einst zur Sonne steigen würde — diese Vision des aus dem Kohlenrevier wandernden Agitators Stefan am Schluß von Jolas unvergleichlichem Arbeiterromane „Germinal“ spiegelt nur wieder, was damals im Bewußtsein der Partei lebendiges Gefühl war. Man sah das Morgen in hellem Glanze der Hoffnung vor sich liegen, und dieser Ausblick beschwingte alle Arbeit, die die Propaganda forderte. Für jeden, der im Namen des Gesetzes ins Gefängnis mußte, war immer eine neue Kraft bereit. Fest hielt der heimliche Bund der „Korporen“, der zugleich den Vertrieb des verbotenen, in Zürich erscheinenden, durch die Organisation des roten Postmeisters über die Grenze geschmuggelten Parteiorgans „Der Sozialdemokrat“ besorgte.

In einfach schlichter Weise führt das Stück des Genossen Bader Typen und Situationen jener Tage vor. In dem Stübchen des Hug bedachten, an der einmal gewonnenen Heberzeugung dann aber auch um so unerschütterlicher festhaltenden Arbeiters Hubert Stein, mit dem schon halb ergrauten Haar, wird die frisch eingelaufene Sendung „Schweizer Käse“, wie der Volksmund und die Züricher „Sozialdemokraten“ nannte, inverteilt, wobei man auch das Freieremplet für den wohlhablichen Herren Postinspektor nicht vergißt. Auch ein paar dunkle Gestalten, von der Postzeit gewordenes Epichelgefehl, haben sich eingeschlichen und lauern auf die Opfer ihrer Denunziationen. Intimer flüstert ist das Verhältnis Steins zu seiner Frau, die, wenn sie auch in ihrem beschränkten Familiengetriebe vom Kampf für die Partei nichts wissen will, doch treu zu ihrem Manne steht, und das Verhältnis zu dem jungen brauseköpfigen Sohn, der zum Vater mit Begeisterung hinausschaut. Bei dem Besuch von Steins Bruder, der, aus der Provinz als Polizist nach Berlin gerufen, sich seiner Selbstenfährde wider die Roten rühmt, geht die Empörung mit

Durchaus fertig ist auch die Ansicht, daß die Sprachgrenze noch heute im großen ganzen mit der Grenze von 1772 parallel liefe, wie sie das auch schon 1772 nicht im mindesten getan hat. Westpreußen als Gesamtheit ist niemals ein überwiegend polnisch sprechendes Land gewesen, es hat sogar Zeiten gegeben, in denen es so gut wie rein deutschsprachig war; das Polentum ist größtenteils erst in der Zeit der polnischen Herrschaft nach Westpreußen eingedrungen und dort ebensowenig autochthon wie das Deutschstum.

Frig ist auch der Glaube, daß irgend eine deutsche Politik es hätte erreichen können, daß statt Paderewski, der seit Kriegsbeginn in Amerika während durch all die Jahre Wilsons Ohr hatte, Dąziński oder Korfanti in Versailles tonangebend geworden wäre.

Was eine Separatverhandlung mit Polen genutzt hätte, das zeigt das dänische Beispiel, wo trotz der vorangegangenen Verständigung Deutschlands mit dem neutralen Dänemark die Entente Dänemark eine Abstimmungszone aufzwingen wollte, an der es selber kein Interesse hatte.

Das neutrale Dänemark war freilich stark genug, ein solches Danaergeschick zurückzuweisen, aber wer kann sich im Ernst ein polnisches Ministerium vorstellen, welches ihm von der Entente geschenkte ostpreussische, westpreussische, polenische oder ober-schlesische Gebiete ablehnt?!

Die neue Parteifähne.

Schwarz-weiß-rot auf dem Misthaufen.

Mit entsetzlichen Grabgefängen, als ob der Anfang des Weltuntergangs eingeleitet wäre, tragen die reaktionären Blätter den schwarz-weiß-rotten Lappen, der bisher über dem Reich geweht hat, zu Grabe. Teils schimpfen sie in der Prosa, teils in „Poesie“, wie der Kapitäntenant Oberhard Rautter in der „Deutschen Zeitung“, bei dessen Versen selbst ein alter Seebär die Seekrankheit bekommen kann. Aber ganz können sich die Reaktionen von ihren Farben nicht trennen, sie proklamieren schwarz-weiß-rot jetzt als ihre Parteifarbe. Die „Post“ schreibt:

Die schwarz-weiß-rotten Farben werden jetzt zu Farben aller derer werden, die noch Nationalgefühl genug haben, um in dem Flaggenwechsel in dieser traurigen Zeit eine schmachvolle Kapitulation vor dem Auslande zu sehen.

Uns kann das nur recht sein. In Frankreich hat einst Gustav Gerbo, als er noch Revolutionär war, gedroht, er wolle die Tricolore auf dem Misthaufen pflanzen. Bei uns hat das jetzt kein Revolutionär mehr nötig. Die Reaktionen selber pflanzen die schwarz-weiß-rote Fahne auf ihren Misthaufen, wo sie nun ihren passenden Platz hat.

Die Arbeiterräte in den Gemeinden und Landkreisen.

Der Minister des Innern Heine hat an den „Zentralrat“ in Berlin unter Bezugnahme auf eine Erklärung der Regierung in der preussischen Nationalversammlung eine Verfügung gerichtet und darin erklärt, daß die Gemeindevorstellung als Trägerin der Selbstverwaltung selbständig darüber zu entscheiden habe, ob neben ihrer eigenen Tätigkeit die Kontrolle des Arbeiterrats noch erforderlich erscheint oder nicht.

Besüglich der Zentralstellen der Arbeiterräte in beiden Landkreisen und Landräten muß beachtet werden, daß der Landrat eine gewisse Tätigkeit ausübt, indem er die Geschäfte der allgemeinen Landesversammlung im Kreise und als Vorkörper des Kreisausschusses und des Kreisrates die Kommunalverwaltung des Kreises führt. Nachdem die früheren Kreistage aufgelöst worden sind und eine Neuwahl auf demokratischer Grundlage festgefunden hat, muß die dargelegte Auffassung einer etwaigen weiteren Kontrolle der Gemeindevorstellungen in gleicher Weise auf die Kommunalverwaltung der Landkreise Anwendung finden, zumal da von dem neuen Kreistage innerhalb von 30 Tagen nach der Wahl eine Neuwahl des Kreisausschusses

vorgenommen werden muß und auch vorgenommen worden ist. Danach hat der Kreistag selbständig darüber zu entscheiden, ob neben seiner eigenen Tätigkeit die Kontrolle der Kommunalverwaltung des Kreises noch erforderlich erscheint oder nicht. Was eine etwaige Überwachung der Landräte als Organe der Staatsregierung bei den Geschäften der allgemeinen Landesverwaltung angeht, so ist eine Forderung der in dieser Hinsicht von der Staatsregierung aufgestellten Grundsätze bisher nicht eingetreten. Die durch diese Überwachung gegebenenfalls entstehenden Kosten sind daher nach dem Erlass der Staatsregierung vom 18. November 1918 auf staatliche Fonds zu übernehmen.

Auch das noch . . .

Eine Blüte des Kaiserstimmels.

Aus Sellenkirch wird uns ein 19 Strophen langes Gedicht von Herrn Dienst, das dort von den Königstreuen als Flugblatt verbreitet wird, zugesandt. Wir geben davon eine Strophe zur Probe:

Man gebe uns den Kaiser,
Sein Volk er achtet, liebt,
Den Hohenzollern, weiser,
Wie's jubelnd ihn umgibt.
In Deutschland hochgeehrt,
Beschäftigt im Vaterland
Schuldlos er steht, verbreitert
Schuldvoll nur die Entente.

Sobiel Respekt vor dem ehemaligen Kaiser hätten wir seinen Anhängern denn doch zugetraut, daß sie sich solch ungerühmten Eideschwur in Reimen gegen ihn schamhaft in den Papierkorb geworfen hätten. Muß man denn vor der breiten Öffentlichkeit dokumentieren, daß man das Dummste, was an Deutschen herumläuft, zur Führung des Kaiserstimmels zuläßt?

„Helden des Proletariats.“ Heute abend findet der erste Vortrag einer Vortragsreihe statt, die der frühere Rektor der Sheffield Universität, Herr Wilhelm Röllenburg, im Auftrag der Gesellschaft „Aufbau und Werden“ in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstr. 18/17, über das obige Thema abhält. Die Veranstaltungen beginnen abends 7 Uhr. Der Eintritt ist frei. Die ersten drei Abende umfassen einen theoretischen Teil: 1. Grundlagen, Hilfsmittel und Aufgaben der Geschichtswissenschaft. 2. Geschichtsphilosophie. 3. Sozialistische Geschichtsauffassung (Marx, Kautsky-Lenin). Im praktisch-historischen Teil, der weitere vier Abende umfaßt, werden folgende Themen behandelt: 1. Spartakus und seine Zeit. 2. Das Reich der Weimarer. 3. Hans Sack. 4. Richard Cobden. Die Reihenfolge der Abende ist folgende: Freitag, den 4. Juli (heute), Freitag, den 14. Juli, Freitag, den 1. August, desgleichen die Freitage vom 18. und 20. August sowie vom 12. und 28. September.

„Eine Rundgebung des Offizierskorps.“ Aus Offizierskreisen wird uns geschrieben: „Ramen heraus!“ Seit der Veröffentlichung im „Vorwärts“ vom 29. Juni vorm. sind 5 Tage vergangen; wir haben keine Entgegnung gefunden. — Demnach ist festzustellen, daß die Rundgebung zumindest nicht im Namen aller Offiziere erfolgt ist. Ohne weiteres auszusprechen sind die Offiziere der „Reichswehr“, die ganz unmöglich von der Regierung „abzücken“ können und die sinngemäß von der Nationalversammlung (z. B.) keine „unüberbrückbare Kluft trennen“ kann. Offiziere, die etwa jene Rundgebung an Hollands Königin und die Generalstaaten unterfriesen und gleichzeitig sich der bestehenden Regierung verpflichtet haben, setzen sich in Widerspruch zu sich selbst und täten gut, die Konsequenzen zu ziehen, denn „niemand kann zweien Herren dienen!“ —

Die Vorbereitung der Reichstagswahlen. Der Unterausschuß des Verfassungsausschusses für die Vorbereitung des Gesetzes über die Reichstagswahlen, insbesondere hinsichtlich einer Ausgestaltung des Verhältniswahlrechts, wird seine Arbeiten baldigst aufnehmen. Die Tätigkeit des Verfassungsausschusses wird sich demnach auch auf das Wahlgesetz erstrecken.

dem sonst so ruhigen Arbeiter durch; er bekennt sich selbst als einen der Verfolgten. Der Mittelakt, der sich um das Verhör des von den Spitzeln angezeigten Stein durch den Postinspektor gruppiert, schildert die korrupte Spitzelmirtschaft und die zynisch brutalen Praktiken in lebendiger Eigenbezeugung.

Das letzte Bild ist eine Hausführung bei Stein, die vom Postinspektor, einer in der Sozialistenbeziehung hervorragend bewährten Kraft, geleitet wird. Aber vergebens sind die Tricks und Kunststücke, durch die er die Familienglieder zu verwirren und zu belastenden Angaben zu bewegen sucht. Sogar der Bruder Steins, der Polizist — hier schlägt das sonst in seinem Stil fast durchgehendes naturalistische Stück etwas in Theatralik um — lüchelt von Schem ergriffen, dem Chef den Gehorsam und stellt sich auf des Bruders Seite. Drohend erschallen von der Straße die Rufe der Genossen, als man den geliebten Führer und dessen Sohn zur Wache schleppt.

Die von Ernst Rothmund inszenierte Aufführung zeigte durchgängig überraschend klare Rundung und Natürlichkeit. Sehr gut war insbesondere Eugen Klöpfer in der schmerzlos aufrechten und so sympathischen Gestalt des Stein. Hans Schweitzer als der träge Sohn und Alice Lörning als Großmütterchen. Stürmisch applaudierte das Publikum.

Conrad Schmidt.

Empfindungen beim Absturz.

In der Gesellschaft für Natur- und Heilkunde zu Dresden, erklärte Dr. Doemel das Erlebnis des Absturzes. Nach der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ führte er aus: Reiterer, die nach einem Absturz mit dem Schrift daran kamen, schildern in ausführlicher Uebereinstimmung, daß während des Falles eine Menge Einzelvorstellungen, ja „für ganzes Leben“ in solcher Wildfolge und mit geradezu sinnfälliger Deutlichkeit vor ihrem inneren Auge vorbeizogen. Einen Gegenstand dazu bilden zahlreiche Berichte von Abstürzen mit dem Fallschirm aus dem Ballon: sie lauten fast alle dahin, daß der Flieger auch in den Augenblicken der höchsten Gefahr vollständig das Bewußtsein seiner Lage behält und mit äußerster Anspannung von Willen, Beobachtungen und Energie das Verhängnis abwenden sucht. Nichts bei ihm von phantastischen Erlebnissen oder Erinnerungen, sondern eine Berechnung aller Möglichkeiten und unter sicherem Arbeiten von Geist und Willen. Die Flieger sagen aus ihren Erfahrungen den Schluß, daß jene früheren Absturzberichte fehlerhaft und trügerisch seien und auf „törichte Vermutungen“ (Haufer) beruhten. Dies ist aber unrichtig, wenn man beide Vorgänge nicht nur nach ihrer physikalischen Ähnlichkeit vergleicht, die sich als unversehentlich herausstellt, sondern nach ihren verschiedenen psychologischen Grundlagen.

Beim Absturz von der Felswand steht der Mensch der unmittelbaren Lebensgefahr in absoluter Hilflosigkeit gegenüber; jeder Gedanke, mit eigener Kraft etwas zu seiner Rettung tun zu können, muß verfliegen, noch ehe er aufleben konnte, jede Willenshandlung muß von vornherein bei einem Fall ins Leere erfolglos sein. Das schafft eine innere Lage, die praktisch einer Lähmung oder Ausschaltung des Willens gleichkommt; und sowie dieser und die ihm zugeordnete Aufmerksamkeit schwinden, ist die Bewußtseinslage des Traumes gegeben; er hat mit dem Absturzgeschehnis gemeinsam die unendliche Fülle der Bilder und den ganz unwahrscheinlichen Reichtum der

inneren Erlebnisse in der kürzesten Zeitspanne. Füllen doch unsere selbst reichsten Träume, an der Uhr gemessen, oft kaum einen Zeitraum von Sekunden aus. Wie beim Schloße und Traume allmählich, so brechen beim Absturz plötzlich die Willensvorgänge ab; die Passivität, dort unwillkürlich, ist hier gewaltsam erzwingen. Demgegenüber besteht beim abstürzenden Flieger höchste Zusammenfassung der Willenskräfte, höchste Aktivität, weil er nicht Hemmungs- und Hoffnungslos der blinden Schwerkraft ausgeliefert ist, sondern über mehr oder weniger große Reize von Rettungsmöglichkeiten durch seinen Apparat verfügt.

Es kommt also nicht auf den physischen Vorgang, sondern auf die besondere feisliche Verfassung des Fallenden an. Diese lautet beim Reiterer: Lebensgefahr, die ich mit keinem Mittel abwenden kann! Beim stürzenden Flieger: Lebensgefahr, die ich mit allen Mitteln abwenden muß! Beim abspringenden Ballondeckler: heimerlei Lebensgefahr, sondern nur ein größeres Maß von Entschluß und Aufmerksamkeit! Auch der rasche Übergang vom Vollbewußtsein unvermittelt zum Traumartigen ist nicht unerhörtes; er ist uns aus den hypnagogischen Halluzinationen bekannt als fast allmähliche Erscheinung. Daß der Abstürzende nicht wie der Schläfer allmählich in den Traum sinkt, sondern eine filmartige Bilderfolge aus dem Inhalt seines vergangenen Lebens, ist wohl daraus zu erklären, daß er dem Schlafenden nur in Bezug auf die Willenslähmung, im übrigen aber doch einem Sterbenden gleichzusetzen ist. Und wie diese, den großen Markstein seines Lebens in langsamem Nachsinnen und Rückwärtsdenken der Gedanken nachgeht, so precht sich derselbe nachlassende Inhalt bei jenem in wenige Sekunden und zugleich in die abnorme Bewußtseinsform der halluzinatorischen Anschauung zusammen. Diese Schnelligkeit des Ablaufes ist auch wohl der Grund, daß alle schmerzlichen, betrübten oder schwermütigen Effekte von Trennung und Lebensabschied nicht auskommen, weil sie zu ihrer Entfaltung längere Zeit brauchen, sondern daß die Abstürzenden ihren drohenden Tod als schmerzlos indifferent empfinden.

Der namhafte Dresdner Internist Dr. Sauer entgegnete hierzu: . . . Mit Recht stelle der Vortragende einen wesentlichen Unterschied des Vorganges beim plötzlichen Unfallabsturz und beim vorbereiteten Fliegerabsturz fest. Bei jenem spiele der Schreck, bei diesem die Unerschrockenheit die maßgebende Rolle; dort Lähmung, hier Erregung mit ihren entgegengesetzten Wirkungen auf den psychomotorischen Apparat. Der Einfluß auf die Aufmerksamkeit sei gewiß von Bedeutung, bringe aber das filmartige Abrollen des Lebenserinnerungen dem Verständnis nicht näher; hier spielten wohl physiologische Vorgänge, die wir nicht kennen, eine Rolle. Uebrigens sei nicht jeder Unfallabsturz mit diesem „Erlebnis“ verbunden, wie er aus eigener Erfahrung wisse. . . .

Notizen.

— Das letzte unvollendete Werk von Kant, das sog. Opus postumum, in dem grundlegende, zum Teil wegweisende Andeutungen über die Fortsetzung der kritischen Philosophie in der von Kant ins Auge gefaßten Richtung gemacht sind, soll nunmehr durch eine in langjähriger Arbeit vorbereitete Ausgabe von Prof. Dr. Kides-Edingens endlich zu seinem Recht kommen. Die Kant-Gesellschaft läßt eine dringliche Aufforderung zur Subskription auf jenes Werk ergoßen. Für die Mitglieder der Gesellschaft, auch für die jetzt erst beitehenden, sind Vorzugspreise vorgeesehen. Auskunft erteilt Dr. Arthur Dietert, Berlin W. 18, Potsdamerstr. 43.

